

# **Wahlprüfsteine des Gesamtverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen in Hessen e. V. (glb)**

Rodenbach, 20.02.2023

## **Herausforderungen durch aktuelle und zukunftsbezogene Entwicklungen**

Mit welchen Strategien will Ihre Partei den Herausforderungen der Digitalisierung, bspw. Chat GPT-3, an beruflichen Schulen begegnen?

Die Digitalisierung hat nicht zuletzt durch die Corona-Pandemie auch endlich Einzug in das hessische Schulsystem gefunden. Viele gute Konzepte sind durch viele engagierte Lehrkräfte entwickelt worden. Die beruflichen Schulen stehen da sicher vor anderen Herausforderungen als beispielsweise die Grundschulen, denen nach wie vor ein wissenschaftlich gestütztes pädagogisches Konzept im Hinblick auf digital gestützten Unterricht fehlt.

Die beruflichen Schulen haben mit Sicherheit die meiste Erfahrung darin, sich schnell und gründlich mit neuen Technologien (auch digitalen) befassen zu können und zu müssen. Und mit ebensolcher Sicherheit wissen sie wohl auch am besten, dass eine reine Verteufelung neuer Technologien diese nicht aufhalten wird. Das gilt auch für Chat GPT-3, das schon in sehr naher Zukunft mit Bard (Google) Konkurrenz erhalten wird.

Ob die Verbote der Nutzung, die schon von verschiedenen Stellen erteilt wurden, eingehalten werden und somit Sinn ergeben, können wir nicht beantworten.

Nun gilt es Konzepte zu entwickeln, die neuen Technologien sinnvoll und intelligent zu nutzen. Lehrkräfte an beruflichen Schulen dürfen aber nicht alleine gelassen werden, um solche Konzepte zu entwickeln. Es ist dringend zu empfehlen, sich mit Initiativen wie beispielsweise Klicksafe auszutauschen, die sich der Thematik bereits gestellt haben.

Ausbildungsberufe müssen mit der Zeit gehen. Daher werden in regelmäßigen Abständen neue Ausbildungsordnungen erstellt und die vorhandenen überarbeitet. Ergebnis sind neue und modernisierte Ausbildungsberufe, die den aktuellen Anforderungen von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft entsprechen.

Welche Möglichkeiten zur Weiterbildung von Lehrkräften an Beruflichen Schulen würden Sie installieren vor dem Hintergrund der Qualifizierenden Vier: Digitalisierung, Nachhaltigkeit, Recht, Sicherheit?

Zunächst einmal möchten wir den Weiterbildungsetat für Lehrkräfte kräftig erhöhen, und zwar für Lehrkräfte aller Schulformen.

Die modernen Standardberufsbildpositionen dienen der einheitlichen und inhaltlichen Kompetenzvermittlung in den Ausbildungsberufen. Doch auch Kompetenzvermittlung muss erlernt sein. Lehrkräfte müssen also entsprechend weitergebildet werden, und zwar nicht zusätzlich sondern in ihrer regulären Arbeitszeit. Leider ist auch hier zu befürchten, dass wieder nach dem On-top-Prinzip vorgegangen wird.

## **Weiterentwicklung und Stellenwert der Beruflichen Schulen in der Kultuspolitik**

Welche Haltung nimmt Ihre Partei ein im Hinblick auf das Konzept der „Zukunftsfähigen Berufsschule“ und dessen strategischer Einführung?

Was zunächst innovativ und sinnvoll klingt, ist bei genauerem Hinsehen aber das Gegenteil. Wenn Zukunftsfähigkeit der beruflichen Schulen bedeutet, diese zu verkleinern, zusammenzulegen und bestimmte Fächer nur noch an bestimmten Standorten anzubieten, so ist das eine deutliche Verschlechterung der beruflichen Schulbildung. Dies wird dazu führen, dass bestimmte Ausbildungsberufe stark an Attraktivität verlieren, da nun plötzlich weite Wege zurückgelegt werden müssen, um die berufliche Schule erreichen zu können. Dies ist bei zunehmenden Fachkräftemangel nicht nur unverständlich sondern verantwortungslos!

Wie steht Ihre Partei einer Forcierung des Ausbaus der Selbstständigen Beruflichen Schulen bzw. der Rechtlich Selbstständigen Beruflichen Schulen gegenüber?

Seit je her kritisch! Die Selbständige Schule hat sich oftmals als Instrument zur Mangelverwaltung entpuppt. Selbständig das viel zu kleine Budget verwalten zu dürfen, hat wenig Vorteile. Eine verlässliche Ausfinanzierung der Schulen würde dem entgegenwirken. Zudem ist mit dem Plus an Eigenverantwortung ein riesiges Plus an Mehrarbeit einhergegangen.

Wie gedenken Sie, die Stellung der beruflichen Schulen in der Kultuspolitik/im HKM zu stärken?

Momentan hat Die Linke Hessen Zweifel, welche dringend notwendigen schulischen Angelegenheiten und Projekte vom HKM überhaupt ernstgenommen und gestärkt werden. Weder der Ganztagsausbau noch der Lehrkräftemangel noch die besorgniserregende Überlastung der Lehrkräfte motiviert den Kultusminister zu Taten.

Trotzdem müssen die beruflichen Schulen natürlich gestärkt werden. Auch hier werden Lehrkräfte händeringend gesucht. Zudem ist die Bezahlung der Fachlehrkräfte für arbeitstechnische Fächer noch immer zu gering. Eine verstärkte Interessenvertretung könnte hilfreich sein.

Der Fokus im HKM jedoch ruht tatsächlich auf den Regelschulen (die auch mit immensen Problemen zu kämpfen haben).

## **Arbeits- und Lernbedingungen in hessischen Schulen**

Welche Maßnahmen beabsichtigt Ihre Partei zu ergreifen, um der Arbeitsbelastung der Lehrkräfte und der Direktor\*innen an beruflichen Schulen entgegenzuwirken?

Eine deutliche Herabsenkung der Pflichtstunden sowie Entlastung durch das Übertragen von beispielsweise Verwaltungsaufgaben auf Verwaltungsfachkräfte. Zudem will Die Linke Hessen einen deutlichen Ausbau sozialpädagogischer Arbeit auch an den beruflichen Schulen sowie die Etablierung einer schulpсихologischen Anlaufstelle an jeder Schule.

In den Klassen bedarf es multiprofessioneller Teams mit gut ausgebildeten Fachkräften.

Mit welchen Maßnahmen will Ihre Partei dafür Sorge tragen, dass die Pflichtstundenzahl, Besoldungs- und Beförderungsmöglichkeiten für Fachlehrer\*innen für arbeitstechnische Fächer (FlatF) verbessert werden?

Eine Herabsetzung der Pflichtstunden fordert Die Linke Hessen für alle Lehrkräfte an allen Schulformen. Aber sicherlich ist die Situation der FlatF nochmals eine besondere. Wir unterstützen die Forderung, die Pflichtstunden auf 24,5 zu reduzieren. Schon seit Jahren wird über eine gerechtere Bezahlung diskutiert sowie über Aufstiegsmöglichkeiten (auch in Besoldungsgruppen), und auch hier unterstützen wir die Forderung der Eingruppierung in die Besoldungsgruppe A 11. Die Koordinator\*innen für Fachpraxis möchten wir analog zum gehobenen Dienst in der Landesverwaltung in A13 eingruppiert haben.

.../2

Welche weiteren Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Integration von Quereinsteiger\*innen in die Arbeitswelt weiter voranzubringen?

Wir brauchen für alle pädagogischen Berufe dringend eine wirkliche Fachkräfteoffensive. Parallel dazu müssen natürlich die Arbeitsbedingungen so gestaltet werden, dass die Berufe wieder an Attraktivität gewinnen. Maßnahmen dazu haben wir in den vorherigen Fragen aufgezählt. Uns ist zudem sehr wichtig, dass die Qualifizierung zum Quereinstieg ohne finanzielle Einbußen einhergeht. Hier sehen wir eines der größten Bereitschaftshindernisse.

Welche Ressourcen beabsichtigt Ihre Partei den beruflichen Schulen für die Inklusion bereitzustellen?

Zunächst einmal wissen wir, dass Inklusion (neben den Förderschulen) vor allem an den Berufsschulen stattfindet, und dies schon seit vielen Jahren. Nichtsdestotrotz müssen auch berufliche Schulen wesentlich besser mit räumlichen, sachlichen und personellen Ressourcen ausgestattet werden. Gern möchte Die Linke Hessen jede Schule in die Lage versetzen, inklusiv unterrichten zu können. Vor allem müssen endlich multiprofessionelle Teams in allen Klassen eingesetzt werden. Da Inklusion für uns nicht nur die Inklusion von Menschen mit Behinderung oder Förderbedarf beinhaltet, sondern von allen Menschen, unabhängig ihres Geschlechts, Glaubens, finanziellen und sozialen Hintergrunds, Geburtsorts, usw. muss dort zeitnah und unbürokratisch nachgerüstet werden, wo Bedarf entsteht.

Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, um den besonderen Bedingungen an beruflichen Schulen gerecht zu werden und die beruflichen Schulen zu unterstützen, deren Gebäude und/oder Ausstattung/Anlagen etc. sanierungsbedürftig sind?

Seit vielen Jahren fordern wir bezüglich der Schulgebäudesanierungen eine umfassende, hessenweite Bedarfsanalyse. Die GEW Hessen geht von einem Sanierungsbedarf von bis zu fünf Milliarden Euro aus, und dies nur, um schon bestehende Gebäude zu sanieren. Doch damit ist es ja nicht getan! Viele Schulen verfügen noch immer nicht über eine Mensa. Häufig sind nicht einmal genügend Lernräume vorhanden. Der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsgrundschulplatz ab 2026 wird diese Situation noch verschärfen.

Daher hat die Fraktion Die Linke 2022 einen Gesetzentwurf eingebracht, der das Land Hessen in die Finanzierung von Schulsanierungen einbeziehen würde (Gesetz zur Stärkung der Schulinfrastruktur in Hessen, Drucksachenummer 20/9293), dieser wurde abgelehnt.

Hinzu kommt, dass ein inklusives Schulsystem natürlich auch eine inklusive Schulausstattung benötigt. Ebenso müssen Mittel für eine umfassende und für SuS und Lehrkräfte kostenlose Digitalisierung zur Verfügung stehen.

Die beruflichen Schulen benötigen zudem zusätzliche Haushaltsmittel, da sie ganz spezifische Ausstattung benötigen.

## **Berufliche Orientierung und BÜA**

Welche Bedeutung hat die Berufsorientierung für Ihre Partei und welche Umsetzungsstrategie wollen Sie verfolgen?

Frühzeitige Berufsorientierung an allen weiterführenden Schulformen halten wir für wichtig. Allerdings möchten wir beispielsweise auch eine Ausbildungsgarantie sowie eine einheitliche und verbindliche Vergütung für schulische Ausbildungen.

Der Fachkräftemangel sorgt an vielen Stellen für erschreckende Arbeitsbedingungen. Die betroffenen Berufe müssen durch gute Arbeitsbedingungen wieder attraktiv gemacht werden. Auch dies ist Teil einer guten Berufsorientierung, vor allem, da viele junge Menschen sich um die finanzielle und berufliche Zukunft sorgen.

So oder so würden wir SuS ab der sechsten Klasse gerne verstärkt die Möglichkeit geben, in verschiedene Berufe herein zu schnuppern. Ein entsprechendes Angebot sollte in Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit und mit regionalen Ausbildungsbetrieben erarbeitet werden.

Welchen Nachsteuerungsbedarf sieht Ihre Partei im Hinblick auf die Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung (BÜA)?

Die Linke Hessen war zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit Hessen sehr empört, als die Berufseinstiegsbegleitung (BerEb) nicht weiter vom Land finanziert worden ist, obwohl dieses Programm sehr erfolgreich und auch einzigartig war, da es junge Menschen auch nach der Vermittlung in einen Beruf/ Arbeitsplatz noch begleitet hat.

BÜA müsste ausgeweitet werden, damit dieser Versuch noch mehr junge Menschen erreicht. Nach wie vor sind bestimmte SuS von der Stufe II ausgeschlossen. In Stufe II wird der Klassenteiler leider auch wieder auf 25 gehoben, was zu deutlich schlechteren Lehr- und Förderbedingungen führt, zumal die sonderpädagogischen Anteile im Programm deutlich erhöht werden müssten. Die Arbeitsbelastung ist sehr groß, hier sehen wir dringenden Nachsteuerungsbedarf. Zudem sind die „Vermittlungserfolge“ in die Ausbildung leider relativ klein (um die 20% im Durchschnitt). Eine engere Vernetzung mit Ausbildungsbetrieben wäre wichtig, doch auch dafür müssten mehr personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.